

Betreff Fahrplan digitale Transformation und moderne Verwaltung

Dezernat/e II

☒ Bericht zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung

Nr. 0244 vom 26.09.2024

Erforderliche Stellungnahmen

- | | |
|---|---|
| ☐ Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung | ☐ Rechtsamt |
| ☒ Kämmerei | ☐ Umweltamt: Umweltprüfung |
| ☐ Frauenbeauftragte nach HGIG | ☐ Straßenverkehrsbehörde |
| ☐ Frauenbeauftragte nach HGO | |
| ☐ Sonstiges | |

Beratungsfolge

(wird von Amt 16 ausgefüllt) **DL-Nr.**

- | | | |
|-----------------|---|------------------------------------|
| Kommission | ☒ nicht erforderlich | erforderlich ☐ |
| Ausländerbeirat | ☒ nicht erforderlich | erforderlich ☐ |
| Kulturbeirat | ☒ nicht erforderlich | erforderlich ☐ |
| Ortsbeirat | ☒ nicht erforderlich | erforderlich ☐ |
| Seniorenbeirat | ☒ nicht erforderlich | erforderlich ☐ |

Magistrat Eingangsstempel
Büro d. Magistrats

Stadtverordnetenversammlung

- ☐ Tagesordnung A Tagesordnung B ☒
- ☐ **Umdruck nur für Magistratsmitglieder**
- ☐ nicht erforderlich erforderlich ☒
- ☒ öffentlich nicht öffentlich ☐
- ☒ **wird im Internet / PIWi veröffentlicht**

Anlagen öffentlich

Anlage 1: Übersicht Maßnahmen 2024 bis 2028

Anlage 2: Aktuelle Entwicklung auf EU- und
Bundesebene und rechtliche Neuerungen

Anlagen nichtöffentlich

A Finanzielle Auswirkungen

25-V-15-0001

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind

☒ keine finanziellen Auswirkungen verbunden☐ finanzielle Auswirkungen verbunden (→ in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

Prognose Zuschussbedarf

HMS-Ampel

□ rot

☐ grün

abs.:

in %:

II Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Budget verfügte Ausgaben (Ist)

Investitionscontrolling

☐ Investment

☐ Instandhaltung

abs.:

in %:

III Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um

☐ Mehrkosten☐ budgettechnische Umsetzung[illegible]

Bei Bedarf Hinweise | Erläuterung (max. 750 Zeichen)

B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Mit den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0487 zur SV 23-V-15-0007 vom 20. Dezember 2023 sowie Nr. 0244 zur SV 24-V-15-0002 vom 26. September 2024 wurde die digitale Transformation der Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW) auf den Weg gebracht. Eine jährliche Aktualisierung des vorgelegten Fahrplans zur digitalen Transformation wurde beschlossen und wird mit dieser SV zum Stand Mai 2025 vorgelegt. Sie enthält den Überblick zum Fortschritt in allen Handlungsfeldern, zu relevanten aktuellen Entwicklungen im Umfeld der Digitalisierung sowie zur weiteren Planung. Aufgrund der starken inhaltlichen Verbindung wurden die Aufträge der StVV zur Modernisierung der Verwaltung in den Fahrplan aufgenommen. Der Fahrplan digitale Transformation wird zum Fahrplan digitale Transformation und moderne Verwaltung erweitert.

C Beschlussvorschlag

1. Es wird zu Kenntnis genommen, dass
 - 1.1. mit StvV-Beschluss Nr. 0244 zur SV 24-V-15-0002 vom 26. September 2024 der Fahrplan zur digitalen Transformation der Verwaltung mit 7 Handlungsfeldern zum Stand Mitte 2024 zur Kenntnis gebracht und eine jährliche Aktualisierung beauftragt wurde;
 - 1.2. die Ergebnisse in den nun 9 Handlungsfeldern im Betrachtungszeitraum (Juni 2024 - Mai 2025) sowie die weitere Planung in Anlage 1 detailliert beschrieben sind. Der ambitionierte Plan wurde eingehalten und Schlüsselprojekte für eine zukunftsfähige digitale Verwaltung erfolgreich abgeschlossen (z. B. der Go Live der neuen Webseite), weiterentwickelt (z. B. Vorbereitung der Umstellung auf SAP4HANA) oder auf den Weg gebracht (z. B. Vorbereitung der Neuen Arbeitswelten im Modellstandort Gustav-Stresemann-Ring 15);
 - 1.3. neue Technologien und sich daraus ergebende Einsatzfelder im Bereich Daten und Künstliche Intelligenz (KI) dynamisch weiterentwickelt haben. Die rechtlichen Voraussetzungen und praktischen Einsatzmöglichkeiten in der Verwaltung bedürfen eines besonderen Fokus. Daher wurde das Thema „KI & Daten“ als eigenes achttes Handlungsfeld im Fahrplan ergänzt, das partnerschaftlich mit Dezernat VII verantwortet wird;
 - 1.4. die stadtweiten Anforderungen aus allen Fachämtern in den Fahrplan eingeflossen sind. Der Prozess für eine rollierende Sichtung von Vorhaben und Projektplanung mit den Fachämtern ist beschrieben und kommuniziert. In einem jährlich zum Jahresanfang stattfindenden Workshop werden die Bedarfe der Fachämter zu IT- und Digitalisierungsprojekten gesammelt und in die Planung des Fahrplans aufgenommen;
 - 1.5. die Umsetzung des Fahrplans ein weitreichendes Mitwirken und Zuarbeiten der Wivertis erfordert, welche parallel zur Umsetzung der eigenen „Roadmap Wivertis“ (Neuausrichtung der technologischen Infrastruktur und Prozesse) geleistet werden müssen. Die „Roadmap Wivertis“ muss zudem in den entsprechenden Haushaltsjahren abgesichert werden, um die Umsetzung des Fahrplans zu gewährleisten. Veraltete Infrastruktur sowie personelle Engpässe müssen überwunden werden. Die inhaltliche und zeitliche Abstimmung zwischen den Dezernaten soll intensiviert und im Rahmen eines Lenkungskreises gesteuert werden;
 - 1.6. die StVV mit Beschluss Nr. 0048 vom 13. Februar 2025 zum Antrag 24-F-63-0091 (Innovativ und vernetzt: Verwaltungsprozesse in Wiesbaden für die Herausforderungen der Zukunft optimieren)

weitreichende Maßnahmen zur Modernisierung der Verwaltung empfohlen hat. Dieser Modernisierungsprozess lässt sich nur im Einklang mit der digitalen Transformation verwirklichen. Zur Nutzung von Synergien und stimmiger Kommunikation in die Verwaltung werden Systematik, Planung, Steuerung und Kommunikation zusammengeführt;

- 1.7. der aktuelle Stand zum Mai 2025 mit Ergebnissen und der Planung in nunmehr 9 Handlungsfeldern (neu: KI & Daten; Moderne Verwaltung) ist (siehe Anlage 1).
2. Es wird beschlossen, dass
 - 2.1. der **Fahrplan zur digitalen Transformation** der Stadtverwaltung Wiesbaden um den Aspekt der modernen Verwaltung ergänzt wird zum **Fahrplan digitale Transformation und moderne Verwaltung**;
 - 2.2. Austausch und Diskussion mit den politischen Gremien und den Interessensvertretungen in der bereits etablierten AG Personal geführt werden und diese in „AG Personal & moderne Verwaltung“ umbenannt wird;
 - 2.3. zur Sicherstellung der Synchronisierung der strategischen Ausrichtung (fachlich, organisatorisch und finanziell) des Fahrplans digitale Transformation und moderne Verwaltung ein dezernatsübergreifender Lenkungskreis eingerichtet wird;
 - 2.4. Dez. II/15 ermächtigt wird, im Einklang mit Bundesstandards für die LHW notwendige einheitliche IT-Architekturstandards zu definieren, fortzuschreiben, zu kommunizieren und die verbindliche Umsetzung in den Fachbereichen zu begleiten und einzufordern;
 - 2.5. die weiteren Bedarfe zur Umsetzung der aufgeführten Projekte des Fahrplans seitens der jeweils zuständigen Dezernate zu den Haushaltsplanberatungen angemeldet werden.

D Begründung

Mit dieser Sitzungsvorlage werden die Ergebnisse in den 9 Handlungsfeldern (s. Anlage 1) im Betrachtungszeitraum (Juni 2024 - Mai 2025) sowie die weitere Planung für das Jahr 2026 ff. zur Kenntnis gebracht.

Der Fortschritt im Berichtszeitraum lässt sich wie folgt zusammenfassen:

1. Digitale Bürgerservices:

- a. Das Schlüsselprojekt zur *Neugestaltung der Webseite www.wiesbaden.de* wurde termingerecht erfolgreich abgeschlossen. Eine neue Basis für die Information von und Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern ist geschaffen, eine kontinuierliche Weiterentwicklung möglich. Die erforderlichen Rollen und Prozesse für den laufenden Betrieb wurden in der Web- und Contentmanagement-Strategie festgeschrieben und durch eine SV verbindlich verabschiedet. Das etablierte Redaktionsnetzwerk sorgt für eine kontinuierliche Aktualisierung.
- b. Mit der Bereitstellung der Buchungssoftware anny können vielfältige Varianten zur Ressourcenbuchung (z. B. Bürgerhäuser, Grillplätze, Veranstaltungen, etc.) umgesetzt werden.
- c. Durch die Anbindung der BundID an civento können Bürgerinnen und Bürger auch Anträge mit Authentifizierungsbedarf online durchführen.
- d. Die Einführung der Telefoniesoftware Telegra in den Ämtern 10, 31 und 33 verbessert den Telefonservice und bereitet den Weg für die Anbindung an die 115 vor.

2. Werkzeuge für digitale e2e (Ende zu Ende)-Prozesse:

- a. Im Projekt *„Neue eAkte“* wurde die europaweite Vergabe erfolgreich abgeschlossen. Der Anbieter Rubicon mit dem Produkt actanova hat sich durchgesetzt. Das Projekt läuft jetzt unter dem Namen actawi. Derzeitiger Fokus ist das Aufsetzen der technischen Umgebung, die Ablöse der alten eAkte und Umsetzung erster Pilotierungen, z. B. im Tiefbau- und Vermessungsamt.
- b. Für Nextcloud wurde die Phase II beauftragt, um weitere Funktionalitäten einzuführen, Inhalte leichter mit externen Nutzenden bearbeiten zu können und die Nutzung dieser Open Source Software weiter auszubauen.

3. Digitale Beschaffungs- und Finanzprozesse und Berichte:

Das größte Einzelprojekt *SAP4HANA* hat alle vorbereitenden Phasen abgeschlossen und befindet sich in der Umsetzungs- und Migrationsphase. Der Go Live wird zum 1. Januar 2026 erfolgen. Mit dem Abschluss dieses Projektes Mitte 2026 wird die durchgängige Digitalisierung der Finanzprozesse möglich sein. Das bedeutet eine Vereinfachung und Beschleunigung dieser Prozesse in allen Fachämtern.

4. Leistungsfähige und sichere IT-Infrastruktur:

- a. Die *Ablöse von Skype4Business* wurde Ende 2024 vollzogen und *Webex* erfolgreich stadtweit zur Verfügung gestellt. Die Umstellung betraf alle IT-Nutzenden der LHW und erforderte erhebliche technische und organisatorische Vorarbeiten.
- b. Das Software-/Lizenzmanagement mit der Software SNOW ist eingeführt.
- c. Die wichtigsten IT-Architektur-Standards für allgemeine technische Standards, Standards für den RZ-Betrieb und Standards für die Cloud-Nutzung wurden dokumentiert und mit Wivertis abgestimmt. Die Bereitstellung einer Handreichung zur Unterstützung der stadtweiten verbindlichen Einführung erfolgt bis Ende 2025.
- d. Zum Support der Nutzenden wurde Anfang 2025 die Software Omnitacker implementiert. Über dieses Werkzeug können im Fehlerfall Tickets eröffnet und auch erste Bestellprozesse für IT-Services initiiert werden. Auf dieser Basis kann zukünftig auch Wivertis ihre Supportdienstleistungen anbieten.

5. Mobiles und hybrides Arbeiten:

- a. Eine DV Desksharing wurde mit dem GPR Ende 2024 abgeschlossen.
- b. Das Projekt *Neue Arbeitswelten* wurde mit Beteiligung der Fachämter im Gebäude Gustav-Stresemann-Ring (GSR) 15 aufgesetzt, um die technischen, organisatorischen und kulturellen Voraussetzungen zu schaffen. Durch Verdichtung konnten bereits erste weitere Fachbereiche Platz finden, für die sonst neue Flächen hätten angemietet werden müssen (Fördermittelmanagement, Telefonzentrale). Die Vorbereitungen laufen, um im Laufe des Jahres 2026 für weitere rd. 100 Mitarbeitende in dem Gebäude eine neue Büroheimat zu schaffen.
- c. Die technischen Voraussetzungen mit WLAN-Ausbau und DHCP sind im GSR 15 geschaffen.
- d. Es zeichnet sich ab, dass eine ämterübergreifende Büroflächenplanung und -bewirtschaftung die größten Synergien bringt.

6. Innovation und Kultur:

- a. Wintra hat sich als stadtweites Medium für Information, Kommunikation und Vernetzung etabliert. Der Zugriff für alle Mitarbeitenden (auch ohne eigenes Endgerät) ist bis Ende 2025 vorgesehen. Übergreifende Zusammenarbeit erfolgt in den Netzwerken (Digilotsinnen und -lotsen, IT-Verantwortliche, Zentrale Dienste, Redakteurinnen/Redakteure) über Meetups und Foren.
- b. Mit der Beschaffung eines Lernmanagementsystems (Projektname Lernbar 2.0) ist ein weiterer wichtiger Baustein für die Grundausstattung einer modernen und digitalen Verwaltung gelegt. Die Einführung ist bis Ende 2025 vorgesehen, ab 2026 sind alle Lernangebote (digital und Präsenz) an einem Ort zu finden und buchbar, Pflichtschulungen werden stadtweit zur Verfügung stehen und nachvollziehbar sein.

7. Prozesse, Organisation, Ordnungsrahmen:

- a. Neue Instrumente zur Stellenbewirtschaftung für mehr Flexibilität sind erarbeitet.
- b. Das Prozessmanagementtool Picture ist als Standard für die LHW etabliert, die Fachämter arbeiten an der Modellierung und Dokumentation ihrer Prozesse.
- c. Die Bearbeitung von OB-Tagebuchnummern und Anfragen als fachübergreifender Prozess ist in Arbeit.
- d. Rollenbeschreibungen mit Aufgaben und Verantwortlichkeiten, die in allen Ämtern stattfinden, liegen vor (Digilotsinnen und -lotsen, Redakteurinnen/Redakteure, IT-Verantwortliche, Prozessarchitektinnen und -architekten, etc.).
- e. Ein Prozess zur Erfassung der stadtweiten Projekte im Projektportfolio ist definiert, ein jährlicher DO-IT Workshop dient zur Fortschreibung.

Neu: 8. KI & Daten:

Künstliche Intelligenz (KI) wird das Arbeiten in der Verwaltung nachhaltig beeinflussen. Sie ist bereits heute direkt (dezidierte KI-Tools) oder indirekt (Integration in bestehende Applikationen) Teil vieler Arbeitsabläufe. Daten sind dabei immer die essentielle Grundlage für KI-Lösungen. KI & Daten müssen daher gemeinsam gedacht und organisiert werden. Deshalb wird dazu ein eigenes Handlungsfeld eingerichtet, das sich mit KI & Daten im Kontext Verwaltungsmodernisierung beschäftigt und partnerschaftlich mit Dezernat VII verantwortet wird. Konkrete Anwendungsfälle gibt es in allen Bereichen, die Organisation der Zusammenarbeit und Erprobung erster Anwendungsfälle steht derzeit im Fokus. In einem regelmäßigen Jour Fixe der Expert*innen aus den Bereichen Amt 12, Referat Smart City und Amt 15 werden Projekte und Erfahrungen diskutiert, mögliche KI Use Cases gesichtet und Einsatzmöglichkeiten bewertet. Dazu gehört auch die Bereitstellung von Funktionen eines LLM (Large Language Model) für den internen Gebrauch bei der LHW und für Übersetzungen in der Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern, z. B. für die Webseite www.wiesbaden.de.

Bei Dez. VII/Referat Smart City wird in 2025 eine Datenstrategie für die LHW erarbeitet gefördert durch das Land Hessen. Die Ergebnisse und Konsequenzen für die Verwaltung werden in diesem Handlungsfeld aufgenommen.

Neu: 9. Moderne Verwaltung:

Die seitens der StVV empfohlenen Maßnahmen zur Modernisierung der Verwaltung (StVV-Beschluss Nr. 0048 vom 13. Februar 2025) haben große Berührungspunkte zu den Handlungsfeldern 1-8 und werden soweit möglich dort integriert. Für weitere Maßnahmen wird das Handlungsfeld 9 ergänzt. Die Zusammenführung in einen umfassenden „Fahrplan digitale Transformation und moderne Verwaltung“ schafft Synergien und ermöglicht eine stimmige Kommunikation in die Belegschaft.

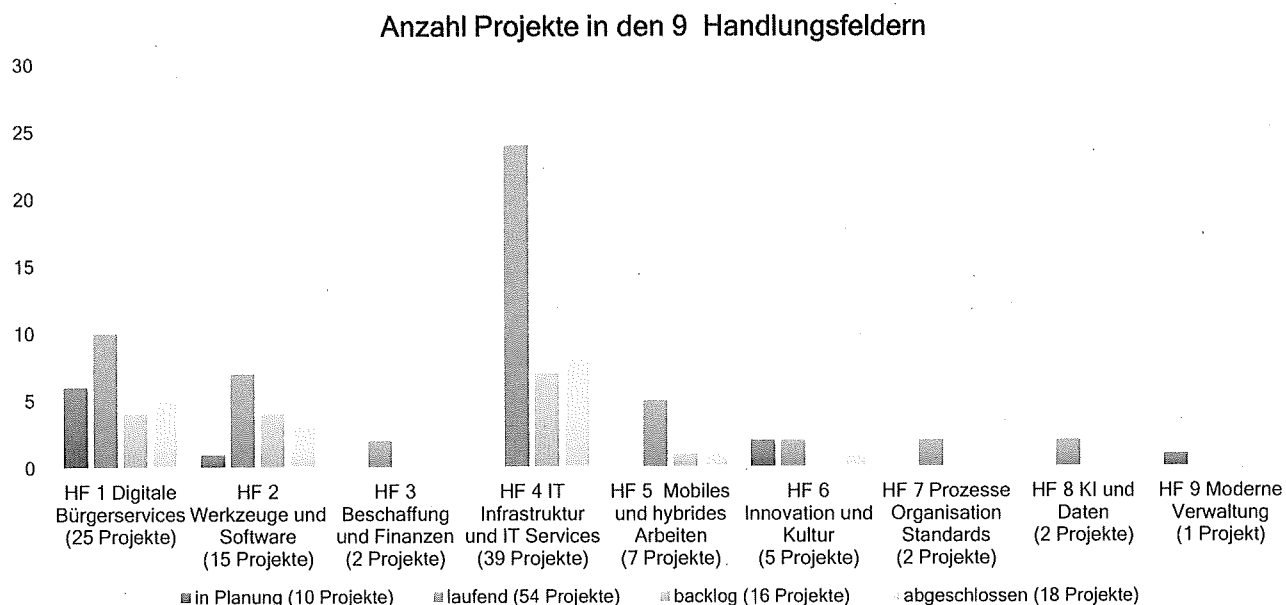
Die gewünschte Einbindung der Politik soll über die etablierte „AG Personal“ erfolgen. Diese wird zur „AG Personal und moderne Verwaltung“ umbenannt. In diesem Gremium wird Transparenz über alle Handlungsfelder und die Auswirkung auf die Verwaltung und die Belegschaft geschaffen. Meinungsbildung und Diskussion zur strategischen Ausrichtung sollen dort erfolgen. Ein Kreativ-Workshop mit den Beteiligten ist für Frühsommer 2026 geplant.

Ende 2025 sind die Strukturen so aufgebaut, dass die Mitwirkung aller Fachbereiche und Einbindung der Belegschaft an diesem Veränderungsprozess über eine stimmige Kommunikation und Aktivierung erfolgen kann.

Projektportfolio:

Das bei Dez. II/15 geführte Projektportfolio beinhaltet die Projekte aller genannter Handlungsfelder. Für die rollierende Vorhabenssichtung und Projektplanung mit den Fachämtern ist ein Prozess beschrieben und kommuniziert. In einem jährlich zum Jahresanfang stattfindenden Workshop werden die Bedarfe der Fachämter zu IT- und Digitalisierungsprojekten gesammelt und in die Planung aufgenommen. Unterjährige Veränderungen laufen über das Portfoliomanagement. Die Projekte werden auf Abhängigkeiten geprüft und in sinnvolle Reihenfolgen gebracht bzw. werden Synergien genutzt. Mit Wivertis wird die Machbarkeit und der Ressourcenbedarf konkretisiert und eine gemeinsame Projekt- und Ressourcenplanung angestrebt.

Im Portfolio enthalten sind derzeit insgesamt 98 Projekte, davon sind 18 bereits abgeschlossen (+ 9 im Vergleich zum Vorjahr). Laufend sind 54 Projekte, in Planung 10 Projekte, weitere 16 Projekte befinden sich im Backlog (Bedarf erkannt, aber noch keine Aktivität gestartet). Die Verteilung der Projekte auf die 9 Handlungsfelder lässt sich folgender Übersicht entnehmen:



Die **größte Anzahl** der laufenden und geplanten Projekte liegt nach wie vor im Bereich der IT-Infrastruktur. Die „Roadmap Wivertis“ ist ein eigenes großes Programm der Wivertis, welches für den sicheren Betrieb zwingend erforderlich ist und eine unverzichtbare Grundlage für alle IT-Projekte darstellt. Die Roadmap umfasst eine Neuausrichtung bzgl. der Technologien, Ressourcen und Betriebsprozesse bei Wivertis. Für die Umsetzung aller bisher vorgesehenen Maßnahmen der „Roadmap Wivertis“ im Zeitraum 2025 bis 2029, werden nach aktueller Planung Mittel in Höhe von ca. 5,2 Mio. Euro veranschlagt, die im Haushalt noch zu sichern sind.

Aufgrund der Inanspruchnahme gleicher knapper personeller Ressourcen (Expertenwissen) und des großen Finanzbedarfes ist eine Synchronisierung der strategischen Ausrichtung (fachlich, organisatorisch und finanziell) des Fahrplans digitale Transformation und moderne Verwaltung und der „Roadmap Wivertis“ erforderlich. Mit der Einrichtung eines Lenkungskreises unter Beteiligung der Dezernate II (Federführung), III und VII soll diesem Abstimmungsbedarf Rechnung getragen werden.

IT-Architekturstandards:

Die LHW richtet sich an den Entwicklungen und Vorgaben des Bundes aus (s. Anlage 2). Die Etablierung entsprechender eigener IT-Architekturstandards für den Einsatz und Betrieb von IT-Systemen in der LHW (und perspektivisch im Stadtverbund) ist die logische Konsequenz. Sie ermöglichen einen sicheren und effizienten IT-Betrieb und harmonisieren die Anforderungen an Wivertis und andere IT-Dienstleister/innen. Die Standards unterstützen auch die Fachbereiche der LHW, sie bekommen dadurch klare Vorgaben, innerhalb welcher sie ihre Verfahren sicher betreiben können. Dies erleichtert damit auch notwendige Ausschreibungsverfahren. Die Dokumente werden sukzessive entwickelt, kommuniziert und fortgeschrieben. Im ersten Schritt sind 3 Dokumente geplant: Allgemeine technische Standards, Standards für den RZ-Betrieb und Standards für die Cloud-Nutzung. Alle Dokumente beinhalten die Vorgaben des ISB (Informationssicherheitsbeauftragten) und werden mit der Wivertis abgestimmt. Danach erfolgt die Veröffentlichung und Kommunikation an die Fachämter. Die Umsetzung erfolgt in einem mehrjährigen Prozess, da viele der heute eingesetzten IT-Systeme nicht den Soll-Standards entsprechen. Der Prozess wird vom IT-Management bei Dez. II/15 (1502 IT-M) gesteuert.

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Die digitale Transformation der Verwaltung bietet die Chance für eine Steigerung der Servicequalität und Effizienz aller städtischen Dienstleistungen. Sie ist zwingend erforderlich, um sowohl die Gesetzeskonformität als auch die Funktionsfähigkeit der Verwaltung in Zeiten des bestehenden Fachkräftemangels langfristig sicherzustellen.

Die Zusammenführung des Fahrplans digitale Transformation mit den Vorhaben zur Modernisierung der Verwaltung ist damit logisch und konsequent, sie nutzt Synergien und schafft die Basis für eine stimmige Kommunikation. Der neue, umfassende „Fahrplan digitale Transformation und moderne Verwaltung“ beinhaltet damit alle wesentlichen Elemente zur Gestaltung einer zukunftsfähigen Verwaltung. Die Umsetzung bedeutet tiefgreifende Veränderungsprozesse. Betroffen sind alle Dezernate und Fachämter. Die strikte dezentrale Ressourcenverantwortung wird themenspezifisch angepasst.

Die Einführung verbindlicher IT-Architekturstandards sowie die zentrale Verantwortung für Büroräume im Verwaltungsgebäude GSR 15 sind erste konkreten Vorhaben, bei denen eine stärkere Harmonisierung und Zentralisierung erfolgt.

II. Ergänzende Erläuterungen

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

III. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

Aus heutiger Sicht existiert keine sinnvolle Alternative.

IV. Öffentlichkeitsarbeit | Bürgerbeteiligung

(Hier sind Informationen über Bürgerbeteiligungen in Projekten einzufügen)

Bestätigung der Dezernent*innen

Wiesbaden, 23. Mai 2025



Hinner
Bürgermeisterin